

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
 Einführung .....	 1
A. Notwendigkeit von Datenschutz in Zeiten von Big Data .....	1
B. Völkerrechtliche Herausforderungen datenschutzrechtlicher Regulierung im Netz .....	4
I. Das Territorialitätsprinzip als Hindernis für die Regulierung? .....	5
II. Art. 3 Abs. 2 DSGVO: Zulässige neue Wege bei der Bestimmung des räumlichen Anwendungsbereichs im Datenschutzrecht? .....	9
III. Weltweite Löschpflichten im Netz? .....	10
C. Ziel und Vorgehensweise der Arbeit .....	12
 Teil I: Die völkerrechtliche Jurisdiktionslehre für die Datenschutzregulierung im Netz .....	 15
 <i>Kapitel 1: Völkerrechtliche Anforderungen an die unilaterale Datenschutzregulierung im Cyberspace</i> .....	 21
A. Geltung der völkerrechtlichen Jurisdiktionslehre im Cyberspace .....	21
I. Jurisdiktion: staatliche Kompetenz zur Ausübung von Hoheitsgewalt .....	22
1. Begriff und Träger von Hoheitsgewalt .....	22
2. Verschränkung von Kollisionsrecht und Jurisdiktions- lehre .....	24
3. Anwendungsbereich der Jurisdiktionslehre .....	26
II. Zulässigkeit unilateraler Jurisdiktion im Cyberspace .....	27
1. Regulierung in der Anfangsphase des Internets .....	27
2. Cyberspace als vierte Dimension? .....	28
3. Cyber-Regulierung als staatliche Aufgabe .....	29

B. Territoriale Verankerung von Jurisdiktion und Regulierung im Netz .....	30
I. Territoriale Jurisdiktion als Ausfluss der Gebietshoheit .....	30
II. Von „Lotus“ zum „genuine link“-Erfordernis .....	32
1. Differenzierung zwischen Durchsetzungs- und Regelungs- hoheit .....	32
2. Notwendigkeit eines „genuine link“ .....	33
III. Die Charakteristika des Internets als Herausforderung für eine territoriale Regulierung im Netz .....	36
1. Ubiquität des Netzes .....	36
2. Volatilität von Daten .....	37
3. Gefahr der Entstehung von Jurisdiktionskonflikten .....	39
C. Umgang mit Extraterritorialität in der Jurisdiktionslehre .....	39
I. Extraterritorialität im Völkerrecht .....	40
1. Extraterritorialität als Begriff .....	40
2. Notwendigkeit zur Rechtfertigung extraterritorialer Regulierung? .....	41
II. Vereinbarkeit extraterritorialer Jurisdiktion mit dem Grundsatz der Gebietshoheit? .....	43
III. Gebotene Vermeidung von Jurisdiktionskonflikten .....	45
IV. Umgang mit der Ausübung von Hoheitsgewalt durch Drittstaaten ..	47
1. Interventionsverbot .....	47
2. Abwehr durch faktisches Handeln .....	49
D. Stellung des Regelungsadressaten bei der grenzüberschreitenden Ausübung von Hoheitsgewalt .....	50
I. Schutz staatlicher Rechtspositionen durch die Jurisdiktionslehre ....	50
1. Vorhersehbarkeit ausländischer Einflüsse: Element zur Umgrenzung der staatlichen Ordnungshoheit .....	52
2. Individualschutz als Rechtsreflex der Jurisdiktionsprinzipien? ...	53
II. Auswirkung menschenrechtlicher Garantien auf die grenzüberschreitende Jurisdiktion .....	55
1. Das Kriterium der Vorhersehbarkeit im europäischen Menschenrechtsschutz .....	55
2. Das Kriterium der Vorhersehbarkeit im universellen Menschenrechtsschutz .....	58
III. Verschränkung des völkerrechtlichen Legalitätsprinzips mit der Jurisdiktionslehre .....	59
IV. Zwischenergebnis .....	60
 <i>Kapitel 2: Grenzüberschreitende Dimension des Datenschutzes im     Cyberspace .....</i>	 63
A. Ziele und Bedeutung des Datenschutzes in Zeiten von Big Data .....	64
I. Grund- und menschenrechtliche Verankerung des Datenschutzes ...	64

1. Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG .....	64
2. Schutz des Privatlebens bzw. der Privatheit in den Menschenrechten .....	67
II. Datenverarbeitung durch private Akteure als Gefahr für die Freiheit .....	69
1. Profiling durch die datenverarbeitenden Akteure.....	70
2. Auswirkungen auf die Freiheit der Betroffenen .....	71
III. Folgen für das Datenschutzrecht .....	73
B. Herausforderungen bei der Ermittlung von „genuine links“ zur Datenschutzregulierung im Netz .....	74
I. Herausforderungen bei der territorialen Bestimmung des Anwendungsbereichs .....	76
1. Möglichkeiten der räumlichen Anknüpfung .....	76
2. Unterschiedliche Intensität territorialer Bezugspunkte .....	77
3. Anknüpfungsmöglichkeiten bei hohem Regelungsbedürfnis .....	79
II. Herausforderungen bei der personellen Bestimmung des Anwendungsbereichs .....	82
1. Möglichkeiten der personellen Anknüpfung .....	82
2. Risiken personeller Anknüpfung .....	83
III. Herausforderungen bei der Bestimmung des Umfangs von Löschungspflichten .....	84
C. Reaktion des Datenschutzrechts auf weltweite Bezugspunkte datenschutzrechtlicher Sachverhalte .....	86
I. Territoriale Anknüpfungspunkte .....	86
1. Anknüpfung an eine Datenverarbeitung im Inland .....	86
2. Weite Auslegung des Niederlassungsbegriffs .....	88
3. Festlegung von Anforderungen an eine Datenübermittlung an Drittstaaten.....	89
II. Extraterritoriale Anknüpfungspunkte .....	90
1. Nutzung des passiven Personalitätsprinzips .....	90
2. Einführung des Marktortprinzips .....	90
III. Anordnung weltweiter Löschpflichten .....	91
 Teil II: Datenschutzrechtliche Regulierung nach dem Territorialitätsprinzip .....	93
 <i>Kapitel 3: Territoriale Anknüpfung an Datenverarbeitungsvorgänge .....</i>	95
A. Datenverarbeitung auf technischen Anlagen im Inland .....	97
I. Datenverarbeitungsprozesse: constituent elements des Datenschutzrechts .....	98

1. Notwendigkeit eines constituent elements im Staatsgebiet .....	98
2. Einschätzungsspielraum bei der Bestimmung von constituent elements .....	99
3. Territoriale Fassbarkeit von Datenverarbeitungsvorgängen .....	100
II. Notwendigkeit eines Inlandsbezugs der Daten? .....	101
B. Datenerhebung durch die Nutzung technischer Mittel im Inland .....	103
I. Zulässigkeit territorialer Anknüpfung an den Aufruf von Webseiten? .....	105
1. Spannungsverhältnis zwischen innerstaatlicher Ordnungshoheit und fremdstaatlicher Souveränität .....	105
2. Notwendigkeit der Vorhersehbarkeit der Regulierung nach dem Territorialitätsprinzip .....	108
a) Das Vorhersehbarkeitskriterium als Voraussetzung für die Jurisdiktionsausübung .....	108
b) Maßstab zur Ermittlung einer vorhersehbaren Regulierung ..	109
c) Vorhersehbarkeit staatlicher Regulierung bei einer Anknüpfung an den Aufruf einer Webseite im Inland? .....	112
3. Zwischenfazit .....	112
II. Anknüpfung an spezifische Bezugspunkte zwischen Webseite und regulierendem Staat .....	113
1. Erfolgsorte bei Ehrverletzungsdelikten .....	113
a) Rechtsprechung des EuGH .....	114
b) Stellungnahme .....	116
2. Übertragung der Ergebnisse auf die Nutzung von Cookies .....	118
C. Fazit .....	119

#### *Kapitel 4: Territoriale Anknüpfung an Niederlassungen im Staatsgebiet .....*

121

A. Extraterritoriale Reichweite des Art. 3 Abs. 1 DSGVO .....	124
I. Weite Auslegung des Niederlassungsbegriffs .....	124
II. Weite Auslegung des Merkmals „im Rahmen der Tätigkeiten einer Niederlassung“ .....	127
1. Keine Notwendigkeit der Wahrnehmung von Entscheidungsgewalt über die Datenverarbeitung innerhalb der Niederlassung .....	127
2. Keine Notwendigkeit der Durchführung der Datenverarbeitung innerhalb der Niederlassung .....	128
a) Auslegung des Merkmals „im Rahmen der Tätigkeiten einer Niederlassung“ im Urteil Google Spain .....	129
b) Notwendigkeit eines engen Bezugs der Tätigkeit der Niederlassung zur Datenverarbeitung .....	130
c) Übertragung der Auslegung auf Art. 3 Abs. 1 DSGVO .....	132

III. Extraterritoriale Wirkungen des Art. 3 Abs. 1 DSGVO im Kontext transnational tätiger Verantwortlicher bzw. Auftragsverarbeiter .....	134
1. Konstellation 1: Durchführung der Datenverarbeitung außerhalb der Union für einen Verantwortlichen in der Union .....	134
a) Variante a): Datenverarbeitung durch Niederlassungen .....	134
b) Variante b): Datenverarbeitung durch Auftragsverarbeiter ...	136
aa) Extraterritoriale Wirkung gegenüber dem Auftragsverarbeiter .....	136
bb) Zurechnung der Tätigkeit des Auftragsverarbeiters an den Verantwortlichen .....	139
2. Konstellation 2: Durchführung der Datenverarbeitung in der Union für einen außereuropäischen Verantwortlichen .....	140
a) Variante a): Datenverarbeitung durch Niederlassungen .....	140
b) Variante b): Datenverarbeitung durch Auftragsverarbeiter ...	141
B. Jurisdiktionelle Anknüpfung an Unternehmen in der völkerrechtlichen Debatte .....	142
I. Völkerrechtliche Diskussion um die Ausübung von Hoheitsgewalt gegenüber multinationalen Unternehmen .....	143
1. Parent-based approach .....	145
2. Zugriff auf ausländische Mutterunternehmen .....	146
II. Vergleichbarkeit der völker- und datenschutzrechtlichen Konstellationen .....	147
1. Parallelen zwischen völker- und datenschutzrechtlichen Fallgruppen .....	147
2. Unerheblichkeit gesellschaftsrechtlicher Strukturen für das Datenschutzrecht .....	148
III. Fazit für das weitere Vorgehen .....	152
C. Indirekte Einwirkung auf ausländische datenverarbeitende Stellen .....	154
I. Völkerrechtliche Zulässigkeit des parent-based approach .....	154
1. Primärebene .....	154
a) Nähe des parent-based approach zur Kontrolltheorie .....	154
b) Einwirkung in die Ordnungshoheit fremder Staaten durch den parent-based approach .....	156
2. Sekundärebene .....	159
a) Völkerrechtliche Zulässigkeit eines haftungs- bzw. sanktionsrechtlichen Zugriffs .....	160
b) Notwendigkeit der Anknüpfung an die gesellschaftsrechtliche Leitungsmacht .....	161
II. Zulässigkeit der Durchreichung datenschutzrechtlicher Vorgaben an verarbeitende Stellen in Drittstaaten .....	163
1. Durchreichung im Verhältnis zwischen Verantwortlichem und einer Niederlassung .....	164

a) Primärebene .....	164
b) Sekundärebene .....	164
2. Durchreichung im Verhältnis zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter .....	165
a) Primärebene .....	165
b) Sekundärebene .....	168
III. Fazit .....	171
D. Direkter Zugriff auf ausländische Regeladressaten .....	171
I. Datenverarbeitung im Inland für einen Verantwortlichen im Ausland .....	172
1. Zurechnung von Verhalten nach der Theorie der Unternehmenseinheit .....	172
2. Das Territorialitätsprinzip als Basis der Zurechnung nach der Theorie der Unternehmenseinheit .....	174
3. Die Zurechnung einer Datenverarbeitung an einen ausländischen Verantwortlichen .....	176
a) Datenverarbeitung durch eine selbständige Niederlassung ...	176
b) Datenverarbeitung durch eine unselbständige Nieder- lassung .....	177
c) Datenverarbeitung durch einen Auftragsverarbeiter .....	177
II. Durchführung einer mit der Datenverarbeitung eng verbundenen Tätigkeit im Inland für einen Verantwortlichen im Ausland .....	179
1. Zugriff nach der Theorie der Unternehmenseinheit? .....	179
2. Anerkennung eines territorialen Konzernzugriffs nach den Grundsätzen der jurisdiction to adjudicate? .....	182
a) General jurisdiction .....	183
aa) Notwendigkeit der Ausübung einer dauerhaften, systematischen Geschäftstätigkeit .....	184
bb) Einschränkung der general jurisdiction durch den Supreme Court .....	185
cc) General jurisdiction: Ausprägung des Territorialitäts- prinzips? .....	186
b) Jurisdiction nach dem Alien Tort Statute .....	188
c) Zwischenfazit .....	191
3. Territorialer Zugriff nach den Jurisdiktionsgrundsätzen zur strafbaren Beteiligung? .....	191
4. Zwischenergebnis .....	192
III. Zugriff auf Auftragsverarbeiter im Ausland .....	192
1. Zugriff nach der Theorie der Unternehmenseinheit? .....	192
2. Territorialer Zugriff nach den Jurisdiktionsgrundsätzen im Strafrecht .....	193
IV. Fazit .....	194

<i>Kapitel 5: Territoriale Anknüpfung an Datenübermittlungen in Drittstaaten</i> .....	197
A. Regulierung von Datenübermittlungen an Drittstaaten im Datenschutzrecht .....	197
B. Das Angemessenheitserfordernis als Fall territorialer Extension von Jurisdiktion .....	200
I. Territoriale Extension: unilaterale Regulierung mit universeller Reichweite .....	200
II. Auswirkungen des Angemessenheitserfordernisses auf Drittstaaten .....	202
1. Einfluss der EU im Datenschutzbereich .....	202
2. Strenge materielle Anforderungen der Art. 44 ff. DSGVO .....	203
3. Erhöhung des Datenschutzniveaus in Drittstaaten .....	204
C. Vereinbarkeit des Angemessenheitserfordernisses mit dem Territorialitätsprinzip .....	206
I. Reaktionen in der Staatenpraxis .....	206
II. Territoriale Aspekte als Grundlage der Regulierung .....	208
D. Fazit .....	210

<b>Teil III: Extraterritoriale Jurisdiktionsausübung im Datenschutzrecht</b> .....	211
--	-----

<i>Kapitel 6: Bedürfnis zur extraterritorialen Jurisdiktion im Datenschutzrecht</i> .....	213
A. Fehlen territorialer Anknüpfungspunkte .....	213
B. Keine internationale Harmonisierung des Datenschutzrechts .....	215
I. Menschenrechte .....	216
1. Universelle Ebene .....	216
2. Regionale Ebene .....	218
a) Art. 8 Abs. 1 EMRK .....	218
b) Art. 7 i.V.m. Art. 8 GRCh .....	219
c) Menschenrechtsdokumente im außereuropäischen Raum .....	220
3. Zwischenfazit .....	221
II. Datenschutzkonvention 108 des Europarats .....	221
1. Die Konvention und ihre Erweiterung durch das Zusatz- protokoll 181 .....	222
2. Reichweite der Konvention und des Zusatzprotokolls .....	223
3. Modernisierung der Konvention 2018 .....	225
III. Soft law auf universeller Ebene .....	227

1. OECD Guidelines governing the Protection of Privacy and Transborder Flows of Personal Data.....	227
2. UN Guidelines for the Regulation of Computerized Personal Data Files .....	229
IV. Instrumente auf regionaler Ebene .....	230
1. Datenschutzrecht der EU .....	230
2. Datenschutz im afrikanischen Rechtsraum .....	232
3. Weitere regionale Instrumente.....	233
V. Zwischenfazit.....	233
C. Divergierende staatliche Ordnungsvorstellungen über den Datenschutz .....	234
I. Datenschutzrechtlicher Minimalkonsens .....	235
1. Personeller bzw. institutioneller Anwendungsbereich .....	235
2. Materiellrechtliche Gewährleistungen .....	235
II. Hohes Datenschutzniveau in der EU und einigen Drittstaaten .....	236
1. Kennzeichen eines hohen Datenschutzniveaus .....	236
2. Staaten mit hohem datenschutzrechtlichem Standard .....	237
III. Datenschutz in den USA .....	238
1. „Datenschutzrecht“ in den USA .....	239
2. Selbstregulierung des Marktes.....	242
a) Safe Harbor-Grundsätze .....	242
b) Privacy Shield.....	243
D. Fazit.....	246
<i>Kapitel 7: Personalitäts- und Schutzprinzip .....</i>	<i>247</i>
A. Aktives Personalitätsprinzip .....	248
I. Personelle Beziehung zum Staat als Jurisdiktionsgrundlage .....	248
1. Personelle Verankerung von Hoheitsgewalt in der Geschichte des Völkerrechts.....	248
2. Zulässigkeit des aktiven Personalitätsprinzips im heutigen Völkerrecht .....	249
II. Aktives Personalitätsprinzip im Datenschutzrecht .....	250
1. Aktives Personalitätsprinzip: Schutz vor einer Flucht in Datenoasen.....	251
2. Unterschiedliche Datenschutzniveaus als Problem für die Anknüpfung nach dem aktiven Personalitätsprinzip? .....	252
III. Reichweite des aktiven Personalitätsprinzips .....	254
1. Offenheit des Prinzips zur Erweiterung auf Nicht-Staatsangehörige .....	254
2. Personale Anknüpfung bei juristischen Personen neben dem Sitz- und Gründungsort .....	256
a) Hauptverwaltung und Hauptniederlassung im Inland .....	256



b) Geschäftliche Tätigkeit im Inland .....	256
3. Zulässigkeit der Erstreckung im Konzernkontext .....	258
a) Zu- bzw. Durchgriff auf ausländische Tochterunternehmen .....	258
aa) Grundsatz: Anerkennung der gesellschaftsrechtlichen Trennungstheorie .....	259
bb) Ausnahme: Durchbrechung in Missbrauchsfällen .....	261
cc) Folgen für einen datenschutzrechtlichen Zu- bzw. Durchgriff .....	264
b) Zugriff auf ein ausländisches Mutterunternehmen .....	264
B. Passives Personalitätsprinzip .....	267
I. Zulässigkeit der Jurisdiktionsanknüpfung .....	267
II. Anwendung des Prinzips im Datenschutzrecht .....	269
1. Prinzipielle Anwendung des Datenschutzrechts auf der Grundlage des passiven Personalitätsprinzips .....	269
2. Durchreichung von Datenschutzvorschriften auf der Grundlage des passiven Personalitätsprinzips? .....	271
C. Schutzprinzip .....	272
I. Jurisdiktion zugunsten der Sicherheit und des Bestands des Staates .....	272
II. Schutz der Demokratie als Anknüpfungspunkt im Datenschutz- recht? .....	274
D. Fazit .....	276
<i>Kapitel 8: Wirkungsprinzip</i> .....	279
A. Jurisdiktion nach dem Wirkungsprinzip am Beispiel von Art. 3 Abs. 2 DSGVO .....	280
I. Das Wirkungsprinzip als Erweiterung des Territorialitäts- prinzips .....	280
1. Differenzierung zwischen dem Territorialitäts- und Wirkungsprinzip .....	282
a) Constituent element-Ansatz? .....	284
b) Relevanz des Willens des Akteurs? .....	286
c) Stufenverhältnis zwischen Wirkungs- und objektivem Territorialitätsprinzip .....	287
2. Art. 3 Abs. 2 DSGVO als Beispiel des Wirkungsprinzips .....	290
a) Angebot von Waren und Dienstleistungen in der Union .....	291
b) Verhaltensbeobachtung .....	295
II. Schutz von Personen innerhalb der Union durch die Anwendung des Wirkungsprinzips .....	298
1. Schließung von Schutzlücken durch Art. 3 Abs. 2 DSGVO .....	298
2. Art. 3 Abs. 2 DSGVO: zwischen Wirkungs- und passivem Personalitätsprinzip? .....	300

3. Grenzen des Art. 3 Abs. 2 DSGVO .....	302
B. Zulässigkeit und Grenzen des Wirkungsprinzip im Allgemeinen .....	305
I. Das Wirkungsprinzip als Baustein der völkerrechtlichen Jurisdiktionslehre .....	305
II. Kriterien des Wirkungsprinzips im Wirtschaftsrecht .....	308
1. Unmittelbarkeit der Wirkungen .....	309
2. Wesentlichkeit der Wirkungen .....	312
3. Vorhersehbarkeit der Wirkungen .....	313
4. Zwischenergebnis: Funktionen der Voraussetzungstrias .....	314
III. Kriterien für die Erfassung von Internetsachverhalten .....	314
1. Herangehensweise der U.S.-Gerichte .....	315
a) Zippo-Test .....	316
b) Calder Effects-Test .....	319
2. Anknüpfung im Unionsrecht .....	323
a) Notwendigkeit der Ausrichtung von Webseiten auf einen Staat .....	323
b) Kriterien zum Nachweis der Ausrichtung einer Webseite .....	325
3. Ableitung von Kriterien für das Wirkungsprinzip in Internetfällen .....	328
a) Parallelen in der Rechtsprechung .....	328
b) Folgen für die Voraussetzungstrias des Wirkungsprinzips .....	329
C. Zulässigkeit und Grenzen des Wirkungsprinzips im Datenschutzrecht .....	330
I. Anknüpfung an die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Anbieten von Waren oder Dienstleistungen im Territorium .....	331
1. Anerkennung der Anknüpfung in der Staatenpraxis .....	331
2. Regulierung ausländischer Einflüsse .....	333
3. Vorhersehbarkeit der Regulierung .....	334
4. Zwischenfazit .....	336
II. Anknüpfung an eine Datenverarbeitung im Zusammenhang mit einer Verhaltensbeobachtung im Territorium .....	336
1. Verhaltensbeobachtung: Einfallstor für universelle Jurisdiktionsansprüche .....	337
2. Notwendigkeit eines Korrektivs .....	339
3. Pflicht zur Nutzung von Geolocation-Technologien? .....	340
a) De lege lata .....	341
b) De lege ferenda .....	343
4. Folgen für die Auslegung von Art. 3 Abs. 2 lit. b) DSGVO .....	347
III. Zulässigkeit vorgreiflicher Pflichten .....	347
1. Der Wille des Akteurs als Bezugspunkt vorgreiflicher Pflichten .....	347
2. Akzeptanz vorgreiflicher Regulierung in der Staatenpraxis .....	348
3. Notwendigkeit vorgreiflicher Pflichten im Datenschutzrecht .....	349

D. Ergänzung des Wirkungsprinzips durch das passive	
Personalitätsprinzip .....	351
I. Grenze der Anknüpfung nach dem Wirkungsprinzip .....	351
II. Möglichkeit der Heranziehung des passiven	
Personalitätsprinzips .....	352
E. Fazit .....	354

## Teil IV: Umgang mit Jurisdiktionskonflikten .....355

### *Kapitel 9: Entstehung und Lösung von Jurisdiktionskonflikten .....357*

A. Entstehung von Jurisdiktionskonflikten .....	358
I. Konflikte bei der datenschutzrechtlichen Regulierung .....	359
1. Globales Recht auf Vergessenwerden .....	359
a) Umsetzung der Google Spain-Entscheidung des EuGH .....	359
b) Folgeverfahren: Google LLC .....	361
2. Verpflichtung zur Datenherausgabe in den USA .....	362
a) SWIFT-Konflikt .....	363
b) Microsoft v. USA .....	364
c) CLOUD Act .....	364
II. Weitere Konflikte bei der Regulierung im Netz .....	366
1. Google v. Equustek Solutions .....	366
a) Verfahren vor kanadischen Gerichten .....	366
b) Folgeverfahren in den USA und Kanada .....	368
2. Lösungsersuchen gegen Facebook zum Schutz vor	
Hate Speech .....	370
B. Lösung von Jurisdiktionskonflikten durch eine Abwägung im	
Einzelfall .....	371
I. Notwendigkeit einer Interessenabwägung im Einzelfall .....	371
1. Bedürfnis zur Lösung von Jurisdiktionskonflikten .....	371
2. Lösung des Konflikts durch eine Interessenabwägung .....	374
II. Ansätze zur Interessenabwägung in der Staatenpraxis .....	375
1. Reasonableness-Prüfung .....	375
2. Comity .....	377
a) Anerkennung von Rechtsakten fremder Staaten .....	377
b) Selbstbeschränkung bei der Regulierung grenzüber-	
schreitender Sachverhalte .....	378
aa) Anwendung bei der Wettbewerbsregulierung in	
den USA .....	378
bb) Comity-Prüfung im Rahmen des CLOUD Act .....	379
cc) Anwendung in Kanada .....	380
3. Verhältnismäßigkeit .....	381

a) Anwendung des Grundsatzes bei der wirtschafts- rechtlichen Regulierung .....	381
b) Heranziehung des Grundsatzes in den Fällen Google LLC und Glawischnig-Piesczek .....	382
c) Art. 49 Abs. 1 DSGVO .....	385
III. Schwierigkeiten und Herausforderungen der Interessenabwägung .....	388
1. Wohnheitsrechtlicher Stellenwert .....	389
2. Interessenabwägung nur im Fall echter Konflikte .....	390
3. Kein internationaler Maßstab für eine Interessenabwägung .....	392
IV. Fazit: Notwendigkeit von Leitlinien für die Durchführung einer Interessenabwägung .....	394
<i>Kapitel 10: Konfliktlösung durch einen Zwei-Stufen-Test</i> .....	395
A. Interessenabwägung durch einen Zwei-Stufen-Test .....	396
I. Modell einer zweistufigen Prüfung .....	396
II. Verhältnis zum Modell eines Layered Approach von Dan Svantesson .....	398
III. Verhältnis zur Reasonableness-Prüfung nach § 403 des Restatement (Third) .....	400
B. Stufe 1: Rückführbarkeit des Ge-/Verbots auf internationale Verpflichtungen .....	402
I. Lösung von Konflikten im Falle von Auslistungs- oder Löschpflichten .....	403
1. Universelle Verpflichtung .....	403
2. Regionale Verpflichtung .....	406
3. Fehlen internationaler Verpflichtungen .....	410
a) Umsetzung staatlicher Ordnungsvorstellungen .....	410
b) Berufung auf international anerkannte Ziele bei der Regulierung .....	411
II. Lösung von Konflikten im Übrigen .....	414
1. Universelle Verpflichtung .....	414
2. Regionale Verpflichtung .....	415
3. Fehlen internationaler Vereinbarungen .....	416
C. Stufe 2: Ermittlung der Verbindungsintensität zwischen Sachverhalt und Staat .....	419
I. Notwendigkeit einer engen inhaltlichen Beziehung zwischen Staat und Sachverhalt .....	419
II. Tendenzieller Vorrang der Anknüpfung nach dem Wirkungsprinzip .....	422
D. Fazit .....	423

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>425</b>
<b>Verzeichnis der verwendeten Rechtsprechung .....</b>	<b>431</b>
<b>Verzeichnis von Beschlüssen, Erklärungen und Dokumenten</b>	
internationaler und supranationaler Organisationen .....	439
<b>Verzeichnis sonstiger Dokumente .....</b>	<b>445</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>447</b>
<b>Sachregister .....</b>	<b>477</b>